

4.) Dem Herrn VPKA-Leiter vorgelegt.
Anliegender Antrag wird mit der Bitte um Kenntnisaufnahme und Entscheidung vorgelegt.

5.) Verfügung!

Anliegender Antrag ist genehmigt. ...
Delitzsch, den 21. 6. 1950

(Meyer, VP-Kommandeur)
gez. Meyer

ablehnen. Wie kommen die Sachen von CSR nach Westdeutschland?

Grillner (?)

DOKUMENT NR. 265

Anschrift des Empfängers sowie Datumsangabe wurden aus Gründen der persönlichen Sicherheit ausgelassen.

Volkspolizeikreisamt Westprignitz
Abt. PM

Perleberg, den ... 1952
Berliner Straße 51

Herrn/Frau

Betr.: Ihr Interzonenpaß-Antrag

Bezug:

Wir bedauern, Ihrem Antrag auf Ausstellung eines Interzonenpasses nicht entsprechen zu können, da nach den für die Ausgabe von Interzonenpässen maß-

geblichen Direktiven 45 und 49 des Alliierten Kontrollrats privaten Interzonenreisen nur in den dringendsten Fällen stattgegeben werden kann.

Die Schwierigkeiten, die heute bei einer Reise innerhalb Deutschlands auftreten, wurden durch die Politik der regierenden Kreise in Washington, London, Paris und Bonn, die unter Bruch des Potsdamer Abkommens die Spaltung Deutschlands durchführten, verursacht.

Aus dem Wahlgesetz-Vorschlag unserer Regierung werden Sie entnommen haben, daß bereits 3 Monate vor dem Stattfinden gesamtdeutscher Wahlen sämtliche Beschränkungen im Interzonenverkehr in ganz Deutschland aufgehoben werden.

An Ihrer eigenen Angelegenheit wollen Sie ermessen, wie zwingend es ist, daß jeder ehrliche Deutsche den Kampf der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und damit für die Erhaltung des Friedens unterstützt.

Wir bitten Sie daher, der z. Zt. noch erforderlichen Maßnahmen der Ablehnung Ihres Interzonenpaßantrages Verständnis entgegenzubringen.

i. A.

gez. Unterschrift.

„Betreten der Westsektoren Berlins verboten“

DOKUMENT NR. 266

Geschäftsbereich
des Ministerpräsidenten
des Landes Sachsen
— Hauptabteilung Justiz —
Pras-9 1 Aa — 2000 E 19/51

Dresden ... den . . . 8. 1951
August Bebelstr. 19
Block H Zi. 243/244, App. 186

Rundschreiben Nr. 117/51

An alle

Justizbehörden des Landes Sachsen

Betr.: Aufenthalt in den berliner Westsektoren.

Durch das Ministerium des Innern ist folgende Dienstweisung für sämtliche Angestellte des öffentlichen Dienstes ergangen:

„Ab sofort ist das Befahren und der Aufenthalt in den Westsektoren Berlins allen Kraftfahrzeugen der Landesregierung und aller Verwaltungsstellen des Landes untersagt.

Allen Angestellten des öffentlichen Dienstes ist das Betreten der Westsektoren Berlins verboten.

Die Einfahrt nach dem demokratischen Sektor Berlins darf nur über die Kontrollpunkt Woltersdorf — Schöckwitz — Schildow — Schönerlinde — Ahrensfelde — Dahlwitz und Wahnsdorf erfolgen.

Während des Aufenthaltes im demokratischen Sektor ist darauf zu achten, daß nicht aus Unkenntnis der Straßensituation in die Westsektoren gefahren oder gegangen wird.

Jeder Kraftfahrer muß eine Karte von Groß-Berlin, in der die Sektorengrenzen eingezeichnet sind, bei sich füh-

ren. Bei Reisen nach dem demokratischen Sektor mit der Bahn darf kein Zug benutzt werden, der die Westsektoren durchläuft oder einen westsektorialen Bahnhof als Endbahnhof hat. Der fertiggestellte Außenring ist zu benutzen.

Das Befahren von Westberlin mit S-Bahn, Straßenbahn, Eisenbahn oder anderen öffentlichen Verkehrsmitteln ist verboten.

Alle Angestellten des öffentlichen Dienstes sind über diese Anweisung zu belehren. Die Belehrung ist aktenkundig zu machen. Jeder einzelne Angestellte des öffentlichen Dienstes hat zu unterzeichnen, daß er belehrt worden ist. Nichtbeachtung dieser Anweisung wird disziplinarisch mit fristloser Entlassung aus dem öffentlichen Dienst geahndet.“

Hauptabteilung Justiz

I. V.

gez. (Hölzer)

Hauptreferent

4145/285 160 x

Erklärung

Ich erkläre hiermit, daß ich die Dienstweisung vom 31. 7. 1951 betr. Aufenthalt in den Westsektoren Berlins gelesen habe und darüber belehrt wurde, daß eine Nichtbeachtung dieser Anweisung disziplinarisch mit sofortiger Entlassung aus dem öffentlichen Dienst geahndet wird.

Dresden, den ...

Unterschrift

21. 8. 51 4041/152
LRS/Sch 200 x

Erklärung Mäser

DOKUMENT NR. 267

Verhandelt

zu

Berlin-Zehlendorf-West, Limastraße 29
am 15. Mai 1952.

Es scheint Heinz Mäser, geb. am 23. 7. 1932 zu Frohburg, Krs. Borna, von Beruf Tischler, jetzt wohnhaft Kladow, Neu Kladower Allee 12 (Flüchtlingslager) und trägt folgendes vor:

Nach Beendigung meiner dreijährigen Lehrzeit am 31. 7. 1950 wurde ich von Angehörigen der Volkspolizei und der FDJ zum Eintritt in die Volkspolizei gewonnen. Meinen Dienst bei der Volkspolizei habe ich am 14. 8. 1950 angetreten ... und wurde am 1. 1. 1951 zur Hauptverwaltung der deutschen Volkspolizei, Abtlg. Wach-Btl. versetzt. Hier habe ich bis zu meiner Entlassung am 29. 2. 1952 meinen Dienst zuletzt im Range eines Oberwachtmeisters ausgeübt ... Als Anfang Februar 1952 meiner Dienststelle bekannt wurde, daß ich trotz eines Verbotes den Westsektor Berlins aufsuchte, um mich dort mit meiner Freundin zu treffen, wurde ich am 19. 2. 52 im Geschäftszimmer meiner Einheit, der 2. Komp. von dem Komp.-Chef, dem VP-Kommissar Schlehuber unter Hinweis auf die Strafbestimmung der Hauptverwaltung und zwar des § 8 oder 18 in eine Arreststrafe von 10 Tagen genommen. Diese Arreststrafe habe ich im Lager Große Rampe (LGR) auch verbüßt.

Während der Haftzeit ist der mir zustehende Verpflegungssatz auf die Hälfte reduziert worden. Geschlagen oder sonst mißhandelt worden bin ich nicht. Nach Verbüßung meiner Arreststrafe bin ich aus den Diensten der Volkspolizei entlassen worden und mußte mich verpflichten, als Arbeiter unter Tage in Aue tätig zu werden. Von Aue bin ich am 7. Mai 1952 geflohen nach Westberlin.

gez. Heinz Mäser

„In aller Regel verletzt“ ...

DOKUMENT NR. 268

Landesregierung Brandenburg
Ministerium der Justiz

GZ.: 5145 Str/4032 — 2022/50

Potsdam, den 18. Oktober 1950

Heinrich Mann-Allee 107,

Haus 6, Zim. 3

Tel.: 4351 App. 206

Rundverfügung Nr. 382/50

An

den Oberlandesgerichtspräsidenten,

Generalstaatsanwalt,

die Landgerichtspräsidenten,

Oberstaatsanwälte bei den Landgerichten,

aufsichtführenden Richter bei den

Amtsgerichten,

Leiter der Anwaltschaften bei

den Amtsgerichten,

den Leiter der Richterschule Schloß

Babelsberg.